

Familientreffen zwischen Angehörigen aus Nord- und Südkorea

IGFM fordert Nordkorea zu einer Geste für Menschenrechte auf



Familienangehörige, die durch den Koreakrieg getrennt wurden, sahen sich im Jahr 2012 nach über 60 Jahren ein erstes und wahrscheinlich auch letztes Mal. (Bild: Wikimedia.com, CC-BY-SA 3.0)

In den vergangenen fünf Jahren hatten getrennte Familien aus Nord- und Südkorea nur zweimal die Chance, sich in die Arme zu nehmen und Erinnerungen der letzten 60 Jahre zu teilen. Doch die Hoffnung der anderen geschätzt 60.000 Südkoreaner, ihre Familienangehörigen aus Nordkorea wiederzusehen, steht auf der Kippe. Da nach dem Koreakrieg zwar ein Waffenstillstand, jedoch kein Friedensvertrag unterzeichnet wurde, herrscht in Korea bis heute de jure Kriegszustand. „Eine Situation, die es in der heutigen Gesellschaft so nicht mehr geben darf“, so IGFM-Vorstandssprecher Marthin Lessenthin.

60 Jahre und noch immer kein Einsehen von Nordkorea

Seit 1988, 35 Jahre nach Ende des Korea-Krieges 1953, hatten sich tausende Südkoreaner beworben, ihre durch den Krieg getrennten Familienmitglieder in Nordkorea besuchen zu können. Rund die Hälfte der damaligen Bewerber ist verstorben, ohne ihre Angehörigen ein letztes Mal zu sehen. Nordkorea ließ erstmals 2000 ein Familientreffen zu, ohne Garantie, dass weitere folgen würden. Bereits 10 Jahre später wurden die Zusammenführungen ausgesetzt, da Nordkorea Artillerieangriffe auf eine Südkoreanische Grenzinsel verübte.

„Weniger als 600 Südkoreaner trafen bisher ihre Angehörigen“

Inhalt

Familientreffen zwischen Angehörigen aus Nord- und Südkorea _____	S. 1
Appell war erfolgreich: Pastor Lim ist frei _____	S. 3
EU-Parlament verschärft Sanktionen gegen Nordkorea _____	S. 4
UN Sanktionen gegen Nordkorea _____	S. 5
Nord-Korea Veranstaltung in Villingen-Schwenningen _____	S. 6
Joo Il Kim: Vom Hauptmann zum Menschenrechtsaktivisten _____	S. 8
All-Party Parliamentary Group zu Nordkorea im britischen Unterhaus _____	S. 10
Chinas Rolle in der Konfliktlösung _____	S. 12
Nordkoreas Raketentests und deren Gefahr für die Allgemeinheit _____	S. 13

Fortsetzung von Seite 1

Nach schwierigen Verhandlungen zwischen den Regierungen in Pjöngjang und Seoul wurden die Familientreffen wieder aufgenommen.

Bei den beiden darauffolgenden Familientreffen 2014 und 2015 trafen weniger als 600 Südkoreaner ihre Angehörigen aus Nordkorea. Niemand durfte seine Verwandten ein zweites Mal treffen, jegliche Art von Kontakt ist verboten. Aus Angst, dass die Außenwelt zu viel Einfluss auf seine Bürger haben könnte, waren diese Treffen so selten. „Niemand hat es verdient, solchen Qualen ausgesetzt zu werden“ meint IGM-Vorstandssprecher Martin Lessenthin. Zudem benutzte Nordkorea das hochemotionale Thema der auseinandergerissenen Familien als Druckmittel, um den Süden zu wirtschaftlichen Zugeständnissen zu bewegen.

Südkoreas linksliberaler Staatschef setzt sich für koreanischen Familien ein

Südkoreas Staatspräsident Moon Jae-in sagte bei dem diesjährigen G20-Gipfel: „Es ist für beide Regierungen - sowohl im Süden als auch im Norden - in der Tat beschämend, dass sie seit mehr als sechs Jahrzehnten nicht in der Lage sind, die Narben heilen zu können... Es ist unsere Pflicht, es diesen Menschen zu ermöglichen, ihre Familien wiederzusehen, während sie noch leben.“ Der sozialliberale Menschenrechtsanwalt setzte sich bei dem Gipfel stark für eine Annäherung seines Landes und Nordkorea ein. Er nahm bei seiner Rede stark Bezug auf die Situation Deutschlands während der deutschen Teilung. Er glaubt, dass Süd- und Nordkorea ebenfalls eine Vereinigung schaffen könnten, wenn sie an einem Strang ziehen würden und endlich die Feindseligkeit begraben. Er selbst stammt von Nordkoreanern ab, sein Vater war aus Nordkorea geflohen und arbeitete während des Korea-Krieges in einem Kriegsgefangenenlager in Südkorea. Nachdem Moon Rechtswissenschaften studierte, wurde er Rechtsanwalt und eröffnete mit dem späteren Staatspräsidenten Roh Moo-hyun eine Menschenrechtskanzlei.



Südkoreas Staatspräsident Moon Jae-in, der selbst aus dem Norden stammt und Menschenrechtsanwalt ist, spricht sich ganz klar für die Familientreffen aus.

(Bild: Korea.net/ Jeon Han, CC by 2.0)

Doch wie Nordkoreas jüngste Provokationen durch Raketentests zeigen, ist der kommunistische Teil Koreas nach wie vor nicht an einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit interessiert. Es sind immer noch mehr als 60.000 Südkoreaner, die darauf hoffen, ihre Familie wiederzusehen. Ihr Durchschnittsalter beträgt inzwischen 81 Jahre. Auch wenn die meisten mittlerweile eigene Familien gegründet haben und sich ein eigenes, neues Leben aufgebaut haben, würden sie dieses gerne mit ihren Verwandten aus dem Norden teilen. Da seit über einem Jahr keine Treffen dieser Art (wegen der Spannungen, die durch Nordkoreas Atomwaffen und Raketentest entstanden sind) mehr stattfinden, stehen die Chancen auf eine letzte Zusammenkunft für die meisten sehr schlecht. Die IGFM fordert, dass Nordkorea die Familientreffen schnellstmöglich wieder aufnehmen soll.



Mehr als 60.000 Südkoreaner hoffen noch immer darauf, Angehörige im Norden wiederzusehen. (Bild: [wikimedia.com/ Uri Tours](https://www.wikimedia.com/wiki/Uri_Tours), CC-BY-SA-2.0)

Appell war erfolgreich: Pastor Lim ist frei!

Hyeon Soo Lim wurde am 16. Februar 1955 als Sohn eines gebürtigen Nordkoreaners in Südkorea geboren. Er lebte in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul, bis er 1986 nach Kanada zog, um zu studieren. Später nahm er die kanadische Staatsbürgerschaft an und wurde Pastor in Ontario. Seit 1977 hat er über 100 Reisen in das stalinistische Nordkorea unternommen, um dort unter anderem ein Altenheim in der Region Raging, sowie eine Schule und einen Kindergarten zu unterstützen. Nach der katastrophalen Hungersnot in Nordkorea (1984-1988) engagierte sich Lim stark für humanitäre Hilfe für die nordkoreanische Bevölkerung.

Bei einer seiner Reisen Anfang 2015 wurde der Pastor verhaftet und „verschwand“. Erst im Juni 2015 tauchte ein erstes Lebenszeichen von Lim auf. Er wurde auf einer „Pressekonferenz“ in Pjöngjang vorgeführt. Laut Berichten der nordkoreanischen Nachrichtenagentur KCNA habe er dort „zugegeben“ das Ziel verfolgt zu haben, das Regime zu stürzen und einen religiösen Staat aufzubauen. Zudem „bekannte“ er sich zu Entführungsversuchen von Nordkoreanern mit Hilfe südkoreanischer und US-amerikanischer Behörden. Basierend auf diesem „Geständnis“ wurde Lim am 16. Dezember 2015



Pastor Hyeon Soo Lim konnte nach über zwei Jahren Haft in seine Heimat Kanada zurückkehren.

wegen „staatsfeindlichen Aktivitäten“ zu lebenslanger Haft in einem nordkoreanischen Arbeitslager verurteilt. Nach Überzeugung der IGFM missbrauchte, die Nordkorea- Führung ihn als Geisel für diplomatische Auseinandersetzungen.

Am 9. August 2017 kam Pastor Hyeon Soo Lim nach intensivem öffentlichen Druck „aufgrund seines Gesundheitszustandes aus humanitären Gründen“ wieder frei. IGFM-Vorstandssprecher Martin Lessenthin freute sich über die Freilassung der Geisel, betonte aber auch, dass diese unter „taktischen Aspekten erfolgt sei“ und „suggerieren soll, dass Diktator Kim Jong-un“ prinzipiell verhandlungsbereit sei.

„Die Freilassung des Pastors ist aus taktischen Aspekten erfolgt.“

Um auf die dramatischen und menschenrechtsverletzenden Verbrechen Nordkoreas aufmerksam zu machen, hatte die IGFM mehrmals protestiert und appellierte dabei auch an die Freilassung von Pastor Hyeon Soo Lim. Auch in einer Aktion mit der Evangelischen Nachrichtenagentur idea hatte sich die IGFM für Lims Freilassung eingesetzt.

Auch wenn Pastor Lim glücklicherweise wieder befreit werden konnte, gibt es schätzungsweise immer noch rund 250.000 Häftlinge, die allein in Nordkoreas sechs größten Hauptlagern ein Sklavendasein in unmenschlichen Bedingungen und Folter ertragen müssen. Die IGFM setzt sich auch weiterhin für eine Verbesserung der Menschenrechtssituation in Nordkorea ein.

EU-Parlament verschärft Sanktionen gegen Nordkorea



Am 14.09.2017 beschloss der EU-Rat verschärfte Sanktionen gegenüber Nordkorea. Dies geschah aufgrund der anhaltenden Provokationen.

(Bild: flickr.com/ Berlaymont, CC BY-SA 2.0)

Nach schweren Provokationen und mehreren Atomtests beschloss die Europäische Union ihre Sanktionen gegen Nordkorea entsprechend den Vorgaben der Vereinten Nationen (siehe unten) zu verschärfen. Darunter fällt auch, dass EU-Länder künftig keine weiteren Arbeitserlaubnisse für Nordkoreaner ausstellen werden.

Am 14. September 2017 verschärfte die Europäische Union ihre Sanktionen gegen das Regime in Nordkorea weitreichend. Der Rat der Europäischen Union teilte mit, dass künftig ein absolutes Einfuhrverbot für Kohle, Eisen und Eisenerz, Meeresfrüchte, Blei und Bleierz aus Nordkorea besteht. Zudem sollen Nordkoreaner in Zukunft keine Arbeitserlaubnis mehr für die EU bekommen.

Nach Angaben der UNO hat Nordkoreas Regierung in Pjöngjang ca. 50.000 Arbeiter ins Ausland geschickt. Wie viele davon in Europa arbeiten, kann nur geschätzt werden. Durch den neuesten Beschluss des EU-Rates dürfen zwar keine neuen Arbeiter aus Nordkorea mehr Devisen für das kommunistische Land erwirtschaften. Die bereits in der EU lebenden Nordkoreaner müssen jedoch weiter zu sklavenartigen Bedingungen für Kim Jong-un leiden.

Hunderte, möglicherweise sogar tausende Arbeiter werden von Nordkorea an Firmen in der EU „ausgeliehen“, da sie in Europa das meiste Geld verdienen. Nach Schätzungen aus Südkorea nehme die Regierung Nordkoreas durch Sklavenarbeiter im Ausland bis zu zwei Milliarden Euro ein. Die Arbeiter selbst dürfen, wenn überhaupt, nur einen kleinen Teil ihres Lohns behalten. Ihre Arbeitsbedingungen und Unterbringung sind menschenunwürdig. Die Arbeitszeiten sollen im Durchschnitt bei 12 Stunden pro Tag und sechs Tage die Woche liegen. Bei Fehlverhalten drohen ihren Familie im Heimatland Folter und Arbeitslager. Sowohl die Firmen in der EU als auch das Regime von Kim Jong-un beuten diese Menschen aus.

Durch die verschärften Sanktionen besteht zwar Hoffnung, dennoch sind sie noch lange nicht ausreichend. IGFM Vorstandssprecher Martin Lessenthin: „Die Sanktionen der Europäischen Union gehen nicht weit genug. Ein Beispiel sind die Sklavenarbeiter, die in der EU und vor allem in Polen ausgebeutet werden. In Polen alleine sind es über 600 Arbeitssklaven. Ihr Schicksal wird von den aktuellen Sanktionen völlig außer Acht gelassen.“



Seit mehreren Jahren protestiert die IGFM gegen Ausbeutung nordkoreanischer Sklavenarbeiter in Polen.

UN-Sanktionen gegen Nordkorea

Im Jahr 2006 verhängten die Vereinten Nationen zum ersten Mal Sanktionen gegen Nordkorea, als Reaktion auf den ersten Atomtest des Landes. Dabei wurden jegliche Lieferungen von Raketenteilen oder entsprechend nutzbaren Gütern verboten. Zudem wurde die Zufuhr von bestimmten Kriegswaffen, Luftfahrzeugen und Schiffen in das kommunistische Land untersagt. 2009, 2013 und 2016 wurden die Sanktionen dann auch auf weitere Teile des Handels mit Nordkorea ausgeweitet. So war zum Beispiel die Einfuhr von bestimmten Luxusgütern nicht zugelassen.

Nachdem im September 2017 Nordkorea seinen sechsten und bisher stärksten Atomwaffentest durchführte, und sich die Situation zwischen dem kommunistischen Land und seinen Nachbarn immer mehr zuspitzt, drängten die USA, Südkorea und Japan den UN-Sicherheitsrat, dem Land weitere und härtere Sanktionen aufzuerlegen. Dazu schlugen sie unter anderem vor, alle ausländischen Vermögenswerte einzufrieren, gegen die nordkoreanische Fluggesellschaft Air Koryo vorzugehen und ein vollständiges Ölembargo zu beschließen. Sie wollen damit den Druck solange verschärfen, bis die Regierung in Pjöngjang bereit zum Dialog ist.



Die UN will weiterhin so lange auf Nordkorea Druck ausüben, bis die Regierung in Pjöngjang bereit zum Dialog ist.

Dennoch konnte nach ausgiebigen Diskussionen nur beschlossen werden, die Öllieferungen ab dem 1. Oktober 2017 für drei Monate auf 500.000 Barrel und ab dem 1. Januar 2018 auf zwei Millionen Barrel zu beschränken.

Wie Nordkorea die Regelungen immer wieder umgehen kann

„Trotz der UN-Beschlüsse hat Nordkorea weiterhin in großem Umfang Zugang zu Geld und verbotenen Gütern.“

bestätigt, dass Nordkorea trotz der Beschlüsse der UN, immer noch in großem Umfang Zugang zu Geld und verbotenen Gütern hat. Besonders bestimmte Staaten wie Eritrea haben in der Vergangenheit versucht, UN Sanktionen zu umgehen und Kriegsausrüstungen an Nordkorea zu liefern, ebenso wie Luxusgüter. Dazu werden Deckfirmen in China benutzt. Sie transportieren die Waren dann über den Seeweg nach Nordkorea. Ein weiteres Problem besteht darin, dass sich die Bestimmungen der einzelnen Länder unterscheiden, was ein „Luxusgut“ ist. So gilt Alkohol in China beispielsweise nicht als solches. Zudem ist Nordkorea offenbar immer wieder Militärtechnik geliefert worden. Banküberweisungen finden über Umwege im Ausland statt und Sanktionsgüter werden über Chinas nach Nordkorea geschmuggelt. Die Methoden Nordkoreas, die UN-Sanktionen zu umgehen, werden immer ausgefeilter. Der nordkoreanischen Flugairline Air Koyo ist es vor wenigen Jahren gelungen, zwei Linienflugzeuge zu erwerben. Dazu sei ein kompliziertes Firmengeflecht nötig gewesen, das acht Firmen und 109 Zahlungen beinhaltete. In Singapur soll Nordkorea verbotene Waffengeschäfte durchgeführt haben und in Polen wurden mehrere Scheinfirmen gegründet, die nordkoreanische Arbeiter an polnische Firmen vermittelten und die erhaltenen Gelder nach Nordkorea überwiesen.

Dennoch – trotz aller Restriktionen, ist Nordkoreas Atomprogramm weiter fortgeschritten und gefährlicher als je zuvor. Es scheint, als ob die UN-Sanktionen überwiegend ins Leere laufen. Im ersten Quartal des Jahres 2017 veröffentlichten die Vereinten Nationen einen Bericht, der

Weiterhin Spannungen zwischen den USA und Nordkorea

Pjöngjang setzte seine Tests und sein Kernwaffenprogramm trotz aller Warnungen bisher fort. Am 3. September 2017 meldete das Land den Test einer Wasserstoffbombe, mit der Interkontinentalraketen bestückt werden sollen. Vermutlich wird Nordkorea auch nach den jüngsten Sanktionen nicht zu Verhandlungen bereit sein. Seine Medien drohten den USA erneut mit einem „Feuersturm“. Niemand solle sich in den Vereinigten Staaten mehr sicher fühlen. Gleichzeitig verkündete US-Präsident Donald Trump in einer Rede vor der UN-Generalversammlung, dass sich der „Raketenmann“ auf einer Suizidmission befände. Machthaber Kim Jong-un antwortete darauf laut der nordkoreanischen Staatsagentur KCNA mit den Worten:



Trotz aller Warnungen und scharfer Sanktionen setzt Nordkorea seine Raketentests fort. (Bild: flickr.com/Times Asi, CC BY 2.0)

„Ich werde den geisteskranken, dementen US-Greis gewiss und auf jeden Fall mit Feuer bändigen.“ Angeblich plane er, demnächst eine Wasserstoffbombe im Pazifischen Ozean zu testen.

Ein Lichtblick im Nordkorea- Konflikt

Trotz allem war die jüngste UN-Sanktion gegen Nordkorea auch ein Erfolg. Die Sanktionen konnte einstimmig im UN-Sicherheitsrat beschlossen werden. In der Vergangenheit hatte die Volksrepublik China wirklich weitreichende Sanktionen blockiert. Die Regierung in Peking hatte auch diesmal weitergehende Maßnahmen verhindert, aber zugelassen, dass es überhaupt Begrenzungen der Öllieferungen gibt. Dabei handelt es sich um einen zentralen Punkt der nordkoreanischen Wirtschaft. Sanktionen gegen Nordkorea bleiben ein wichtiger Teil der Diplomatie, selbst wenn sie in Teilen nur Symbolcharakter haben.

Nord-Korea Veranstaltung in Villingen-Schwenningen



Von links: Der nordkoreanische Redner Joo Il Kim, Übersetzerin Soun-Kyoung Beck, Vizepräsidentin der Deutsch-Koreanischen Gesellschaft und Heinz Ernst, Vorstand der IGFM und Leiter der AG Villingen-Schwenningen

Am 20. Juli 2017 lud die IGFM-Arbeitsgruppe Villingen-Schwenningen in Kooperation mit dem Bildungswerk Heilig Kreuz zu einem Abendvortrag mit dem geflohenen Nordkoreaner Joo Il Kim ein. Der ehemalige nordkoreanische Hauptmann hatte zuvor bei einem IGFM-Pressesgespräch in Frankfurt am Main über die Situation in Nordkorea informiert (siehe unten). Nun sprach er im Villingen Pfarrzentrum vor einem Publikum von über 50 Interessierten verschiedener Altersklassen. Unterstützt wurde er dabei durch die Vizepräsidentin der Deutsch-Koreanischen Gesellschaft, die ihn übersetzte.

Durch die Abschottung Nordkoreas ist es schwer, Einblicke in das Land zu erhalten und so bot sich den Zuhörern die seltene Möglichkeit, Informationen aus erster Hand über das abgeriegelte Land zu erhalten. In seinem Vortrag berichtete Kim von seinen Erfahrungen beim nordkoreanischen Militär und vom verbreiteten Hunger, der große Teile der Bevölkerung sowie seine eigene Familie bedrohte. Nachdem seine Nichte den Hungertod erlitt, beschloss der



Das Publikum in Villingen zeigte großes Interesse an dem Thema und konnte im Anschluss an den Vortrag Fragen stellen.

Hauptmann 2005 zu fliehen. Seine Flucht führte ihn über Vietnam, Kambodscha und Thailand schließlich

nach Großbritannien, wo er 2007 Asyl erhielt. Erst nachdem er das nordkoreanische Regime verlassen hatte, wurde ihm bewusst, wie sehr die Bevölkerung Nordkoreas einer ständigen Gehirnwäsche unterzogen wird. Durch Propaganda, die schon im Kindesalter ansetzt, verbreitet das Regime seine Ansichten und sozialisiert die Menschen in ihrem Sinne. Durch Abschottung werden Einflüsse von außen unterbunden. Durch systematischen Entzug von Nahrung, Versklavung, Zwangsarbeit, Folter, "Verschwindenlassen" und Hinrichtungen wird die Bevölkerung zusätzlich eingeschüchtert. Gleichzeitig demonstriert Diktator Kim Jong-un mit großen Militärparaden, Raketen- und Atomtests seine Macht gegenüber dem Ausland. Heute widmet sich Joo Il Kim in Europa dem Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen in seiner Heimat. Dazu beteiligte er sich in London an der Gründung der Zeitschrift „Free NK“. Die Zuhörer hörten gebannt zu und hatten anschließend die Möglichkeit, Fragen zu stellen. Dies wurde auch zahlreich genutzt.

Zur IGFM-Arbeitsgruppe Villingen-Schwenningen (VS)

Sie ist aus dem Verein „Pakistanhilfe VS“ hervorgegangen und wurde im Januar 2013 gegründet. Dieser Verein hatte 2012 das Projekt „Schule statt Kinderarbeit“ ins Leben gerufen und damit 400 Kinder aus Ziegeleiarbeiterfamilien in Pakistan aus Sklaverei und Analphabetismus befreit. Die Arbeitsgruppe VS setzt sich unter anderem für die Freilassung von Glaubensgefangenen ein, denen die Hinrichtung droht. **Kontakt: Heinz J. Ernst, Tel. (07721) 9168-260 oder Andrea Storz, (07721) 70854. www.menschenrechte-vs.de; eMail: info@menschenrechte-vs.de**

Joo Il Kim: Vom Hauptmann zum Menschenrechtsaktivist

Joo Il Kim, der im Jahr 1973 in Kiliju in der Provinz Nord-Hamgyong geboren wurde, floh 2005 aus der kommunistischen Diktatur Nordkorea. Er trat 1993 in die nordkoreanische Armee ein und diente dort bis er floh. Am 20. Juli 2017 berichtete Joo Il Kim gegenüber der IGFM in einem Pressegespräch über seine eigene Geschichte und viele weitere Themen, die Nordkorea betreffen.

Joo Il Kims grausamer Alltag

Täglich lernte er in der Schule, wie großartig sein Land sei, welchen Luxus sie alle lebten und wie froh er sein könne, nicht außerhalb Nordkoreas zu leben. Nachdem er Soldat geworden war, wurde er täglich mit Nordkoreas wahren Gesicht konfrontiert. Er erlebte, wie Menschen unter furchtbaren Bedingungen in Straflagern arbeiten mussten, an Hunger litten, extreme Strafen verbüßten und hingerichtet wurden. Auch er selbst war als Soldat nicht von Strafen ausgenommen. So musste er z.B. hungerleidenden Zivilisten ihr Essen stehlen. Wenn er ohne Essen zurückkam, so musste er sich eine Stunde alleine mit den Händen an einen Holzbalken hängen, unter ihm: eiskaltes Wasser. Selbst ein offenes Gespräch innerhalb der eigenen Familie erweist sich in vielen



Der ehemalige nordkoreanische Hauptmann flüchtete aus seiner Heimat, nachdem seine Nichte an den Folgen des Hungers starb.

Bereichen als kritisch. So kann man z.B. nur schwer über Religion sprechen, da die Menschen mit der Juuche Ideologie völlig indoktriniert sind. „Es ist unmöglich, seinen Glauben offen zu leben.“, sagt er gegenüber der IGFM. Zu dieser Zeit begann er, das nordkoreanische Regime ernsthaft infrage zu stellen. Doch erst, als seine Nichte wie viele andere an den Folgen des Hungers starb, entschloss er sich zu seiner Flucht.

Sein neues Leben

2005 überquerte er nachts den Grenzfluss Tumen nach China. Dort gelang er mit Hilfe verschiedener Hilfsorganisationen über Vietnam, Kambodscha und Thailand letztendlich nach Großbritannien. Erst dort wurde ihm im vollen Umfang klar, wie sehr die nordkoreanische Bevölkerung unter der ständigen Gehirnwäsche des Regimes leidet. Gegenüber der IGFM erklärte er: „Nordkoreaner werden vom Kleinstkindalter an pausenlos vom Regime indoktriniert. Die meisten haben keinerlei Zugang zu anderen Informationen als der Propaganda des Regimes.“

In Großbritannien bekam er 2007 Asyl. Mittlerweile lebt er mit einer eigenen, kleinen Familie in England, doch so schön das auch klingen mag, seine Heimat lässt ihn nicht los. Er hat noch immer Alpträume. Am schlimmsten ist, dass er seit seiner Flucht nichts über das Schicksal seiner Freunde und Familie weiß. Er träumt davon, eines Tages in ein freies Nordkorea zurückzukehren. Aus diesem Grund widmet er sein Leben dem Kampf gegen die andauernden Menschenrechtsverletzungen in seinem Land. Dies tut er unter anderem durch seine Zeitschrift „Free NK“, die von nordkoreanischen Flüchtlingen herausgegeben wird und die sich für die humanitäre Situation und die Demokratisierung Nordkoreas einsetzt. Die Zeitschrift erscheint auf Koreanisch wird regelmäßig nach Nordkorea geschmuggelt, um den Menschen dort unabhängige Informationen zu geben.



Experten beim IGFM-Pressegespräch: Joo Il Kim, ein aus Nordkorea geflohener Hauptmann der Volksarmee (Mitte) mit Prof. Dr. Matthias Zimmer, MdB (CDU), dem Vorsitzenden des Menschenrechtsausschusses des Bundestages (rechts im Bild) und Martin Lessenthin, IGFM-Vorstandssprecher.

Die meist gestellte Frage an Joo Il Kim: „Zur Zeit des Kim Jong-ill Regimes waren die Menschenrechtsverletzungen doch bestimmt am schlimmsten. Ist die Lage in Nordkorea unter dessen Sohn Kim Jong-un besser geworden?“ Die Antwort seinerseits: „Man könnte meinen, dass sich durch Kim Jong-un, der acht Jahre in der Schweiz lebte, die Menschenrechtslage verändert hat. Bei einem Vergleich beider Regime würde ich allerdings behaupten, dass es sich noch weiter verschlimmert hat. Immerhin ließ er sowohl seinen eigenen Onkel als auch seinen Bruder ermorden. Auch der Hunger hat

„Das nordkoreanische Regime steckt sein Geld lieber in Nuklearprogramme als in Essen und humanitäre Hilfe.“

nicht aufgehört. Alleine 30% der Soldaten des Regimes sind unterernährt. Doch das nordkoreanische Regime steckt seine Mittel an allererster Stelle in Rüstung und in das Nuklearprogramm.

Das ist wohl das deutlichste Zeichen, dass Nordkorea keinerlei Interesse an der Verbesserung der Menschenrechte hat.“

Die IGFM forderte, dass die Bundesregierung und die Europäische Union Chinas aktive Unterstützung des nordkoreanischen Regimes offen kritisieren. Der Schlüssel zur Nordkorea-Krise liegt nach Überzeugung der IGFM in Peking. Die chinesische Regierung müsse aufhören, den nordkoreanischen Diktator Kim Jong-un zu unterstützen. Außerdem müsse China geflohene Nordkoreaner in die Freiheit nach Südkorea weiterreisen, anstatt sie auszuliefern.



Der Schlüssel zur Nordkorea-Krise liegt in seiner Hand, denn Nordkorea ist wirtschaftlich völlig abhängig von China. Xi Jinping ist der starke Mann der Volksrepublik China. Er ist Generalsekretär der seit 1949 diktatorisch herrschenden Kommunistischen Partei Chinas, Staatspräsident und Vorsitzender der einflussreichen Zentralen Militärkommission.

All-Party Parliamentary Group zu Nordkorea im britischen Unterhaus

Besonders in Großbritannien ist das Konzept der Parlamentariergruppen weit verbreitet, wobei sie dort als informale Gruppen gelten und keinen offiziellen Status innerhalb des Parlaments haben. Im Mai 2017 gab es mehr als 630 Parlamentariergruppen, sehr verschiedener Größe.

Ziel der Mitglieder einer Parlamentariergruppe ist es, sich möglichst häufig mit anderen Abgeordneten auszutauschen. Dabei erörtern sie neue Informationen, Meinungen und Erfahrungen zu Themen und Problemen, die im beiderseitigen Interesse liegen. Auch über die politische Situation im Partnerstaat wird dabei gesprochen. Treffen mit Abgeordneten anderer Parlamente stehen dabei ebenfalls auf der

„Sie spielen eine wichtige Rolle bei der parlamentarischen Meinungsbildung.“

Tagesordnung. Durch die Parlamentariergruppen wird in erster Linie die Möglichkeit geboten, Informationen und Meinungen verschiedener Gruppen aus-

zutauschen und Beziehungen zu vertiefen. Sie spielen eine wichtige Rolle bei der parlamentarischen Meinungsbildung und bei der Lösung von Sachfragen.

Die Vielseitigkeit an Themen in Großbritannien ist enorm. Unter anderem gibt es Parlamentariergruppen zum Tierschutz oder zur Völkermord-Prävention. Zudem gibt es Ländergruppen, die ihre Arbeit auf einen bestimmten Teil der Erde fokussieren – dazu gehört in Großbritannien auch Nordkorea. Die britische Allparteien-Parlamentariergruppe ist auch über das Parlament hinaus sehr aktiv. Sie organisiert z.B. öffentliche Expertenanhörungen und Informationsveranstaltungen.



Der deutsche Bundestag: leider fehlt bisher eine Parlamentariergruppe zu Nordkorea (Bild: wikimedia.com/ Wolfgang Pehlemann, CC BY-SA 3.0)

Deutschland: Eine Parlamentariergruppe zu Nordkorea fehlt (noch)

Die Parlamentariergruppen in Deutschland erhalten eine stärkere Unterstützung vom Bundestag und sind stärker formalisiert als in Großbritannien. Allerdings ist die Themenvielfalt in Deutschland nicht so stark ausgeprägt. Es sind interfraktionelle bi- und multilaterale Zusammenschlüsse, die sich jeweils zu Beginn der Wahlperiode im deutschen Bundestag konstituieren. Einzig Abgeordnete können Mitglied sein und jeder Abgeordnete kann dies in maximal drei Gruppen sein.

In erster Linie geht es dabei um den Informations- und Meinungsaustausch mit Parlamentariern, daneben bestehen aber auch persönliche Kontakte zu Parlamentariergruppen anderer Länder, die die internationalen Beziehungen des Bundestages auf parlamentarischer Ebene fördern. Mitglieder haben ein gleiches Interesse an einem bestimmten politischen Themengebiet, einer Region oder einem Land und wollen in diesem Bereich mehr politische Aufmerksamkeit erregen und den Diskurs fördern. Derzeit gibt es im Deutschen Bundestag 54 bi- und multilateralen Parlamentariergruppen.

Eine Parlamentariergruppe zu Nordkorea fehlt bisher leider. Besonders in Anbrucht des aktuellen Nordkoreakonfliktes wäre eine entsprechende Fraktionsübergreifende Gruppe von äußerster Wichtigkeit. Die IGFM hofft daher, im neuen Bundestag ihr Anliegen erfolgreich anbringen und Abgeordnete für die Gründung einer solchen Gruppen gewinnen zu können.

Chinas Rolle in der Konfliktlösung

China ist einer der Hauptakteure in der Nordkorea-Krise und wohl der einzige Staat, der in der Lage ist, die momentane Situation zu entschärfen. Bisher hat die Volksrepublik China sich aus der Verantwortung gezogen. Am 18. August startete sie ein Großmanöver vor der nordkoreanischen Küste.

Das großangelegte Militärmanöver fand im Golf von Bohai und im Gelben Meer unweit Nordkorea statt. An den Übungen sind sowohl Marine als auch Luftwaffen beteiligt. Bereits am ersten Tag wurden demonstrativ mehrere Raketen abgefeuert. Laut des chinesischen Verteidigungsministeriums sollen die Soldaten vor Chinas Ostküste Waffen und Flugabwehrsysteme testen und Angriffe auf Küsten üben. Es war unklar, wie lange das Manöver dauern und wer der Adressat dieser Machtdemonstration sein sollte.

China ist Nordkoreas wichtigster Handelspartner, die beiden Staaten haben traditionell eine besonders enge Wirtschaftsbeziehung zueinander. Das ist trotz der UN-Wirtschaftssanktionen so geblieben. Mehrfach hat die chinesische Regierung Wirtschaftssanktionen gegen Nordkorea zugestimmt, während gleichzeitig chinesische Händler und Zollbeamte diese Vorgaben ignorierten. Nordkorea hat bisher rund 90 Prozent seines Außenhandels mit China geführt. China hätte dadurch die Möglichkeit, entscheidend auf Nordkorea einzuwirken. Diesen Einfluss nutzt die Regierung in Peking jedoch nicht.



Chinas Außenminister Wang Yi forderte Nordkorea auf, die Atomtests zu stoppen.

(Bild: [wikimedia.com/Foreign and Commonwealth Office](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Wang_Yi.jpg), CC BY 2.0)



Die Volksrepublik China demonstriert seine Macht – auch mit Manövern im Gelben Meer.

Im UN-Sicherheitsrat hat China nach wochenlangem Ringen den bisher härtesten und schärfsten Sanktionen gegen das nordkoreanische Regime zugestimmt. China beendete kurz darauf tatsächlich offiziell die Einfuhr von Kohle, Eisenerz, Blei und Meeresfrüchten aus Nordkorea.

„China hat entscheidenden Einfluss auf Nordkorea“

Ob dies in der Praxis weiter so gehandhabt wird, ist noch offen.

Nach Überzeugung vieler Beobachter will die Regierung in Peking vor allem einen stärkeren Einfluss der USA in seiner Nähe verhindern. Um Nordkorea ohne Risiko als eigenes Einflussgebiet zu erhalten, will die chinesische Regierung offenbar einen Kollaps des Regimes vermeiden - auch wenn dadurch eines der menschenverachtendsten Regime der Erde gestützt wird. Menschenrechte und Demokratie sind keine vordringlichen Ziele der chinesischen Führung. Sie selbst regiert ebenfalls diktatorisch und unterhält das größte Lagersystem der Welt.

Nordkoreas Raketentests und deren Gefahr für die Allgemeinheit

Nordkorea sorgt seit Jahren durch Drohungen und Atomtests für Schlagzeilen. Die Wortgefechte mit US-Präsident Donald Trump haben eine bisher ungeahnte Schärfe erreicht. Doch wie groß ist die Gefahr durch Nordkoreas Langstrecken und Atomraketentests für die Region um Korea, für die USA und Europa?

Nordkorea verfügt seit Jahren über ein breites Raketenarsenal und hat in der Vergangenheit mit großer Wahrscheinlichkeit Raketentechnologie und Know How auf diesem Gebiet an andere Länder verkauft – z.B. an die Islamische Republik Iran. Eine UN-Resolution untersagte dem Regime nach dessen unterirdischem Atomwaffentest im Jahr 2006 ballistische Raketentests. Nordkorea testet jedoch weiterhin seine Raketen und wie es scheint mit Erfolg.

Wie kann ein Land, dessen Bruttoinlandsprodukt so niedrig ist, so bedrohlich für den Weltfrieden sein? Kim Jong-un hat die Aufrüstung seines Landes weiter vorangetrieben. Seit seinem Machtantritt hat er bereits über 80 Raketentests und drei Atombombentests veranlasst. Er erzielt immer mehr Fortschritte, heißt es. Nach eigenen Angaben ist es nordkoreanischen Technikern inzwischen gelungen, einen atomaren Sprengkopf so zu verkleinern, dass er mit Raketen befördert verschossen werden könnte.

Gefahr für die USA

Nach eigenen Angaben und nach Überzeugung internationaler Experten verfügt Nordkorea mittlerweile über Interkontinentalraketen. Die sogenannte KN-20 soll über eine Reichweite von bis zu 10.000 Kilometern verfügen. Sie wäre damit in der Lage, das amerikanische Festland zu erreichen und Los Angeles und San Francisco zu bedrohen. Ob dieser Raketentyp auch mit dem zusätzlichen Gewicht eines Gefechtskopf diese Reichweite hätte, ist unklar. Fest steht, dass nordkoreanische Techniker weiter daran arbeiten.



Kim Jong-un hält weiterhin an seinen Tests fest. Seine neuesten Raketen könnten theoretisch die USA erreichen. Bild: (wikipedia.com/Sungwon Baik)



Trotz der angespannten Situation unterhält Deutschland weiter eine Botschaft in Pjöngjang. Im Bild: eines der in Nordkorea allgegenwärtigen Propagandabilder des „Führers“ Kim Jong-un.

Bild: [wikimedia.com/ Rftest1204](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Kim_Jong-un.jpg),
CC BY-SA 4.0)

Das kommunistische Regime verfügt neben den Langstreckenraketen über ein Arsenal von Kurz- und Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von bis zu 3.500 Kilometern. Südkorea und Japan liegen im Aktionsradius dieser Trägerraketen. Erst Ende August hatte Nordkorea eine Rakete über die nördliche japanische Hauptinsel Hokkaido hinweg in den Pazifik gefeuert. Die Japanische Regierung unterließ eine militärische Antwort, sprach aber von einer "Schwerwiegenden Bedrohung Japans".

Bedeutung für Deutschland

Auch Deutschland liegt innerhalb der Reichweite der nordkoreanischen Interkontinentalraketen. Trotz der angespannten Lage gehört Deutschland zu den Ländern, die nach wie vor eine Botschaft in Nordkorea unterhalten. Im Jahr 2013 hatte die nordkoreanische Regierung Deutschland aufgefordert, seine Botschaft zu räumen, da sie „im Falle einer Eskalation“ nicht deren Sicherheit garantieren könne. Deutschland hat seine Diplomaten jedoch bisher nicht aus dem Land abgezogen.

Impressum

Nordkorea Report

Redaktion: Leonie Tobian, Lea Teige, Ulrike Lessenthin, Martin Lessenthin (ViSdP).

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)

Deutsche Sektion e.V. • Borsigallee 9 • 60388 Frankfurt am Main

Tel: 069-420 108-0 • Fax: 069-420 108-33

eMail: info@igfm.de • www.igfm.de / www.menschenrechte.de

<https://www.facebook.com/igfmdeutschland>

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft

IBAN: DE04 5502 0500 0001 4036 01, BIC: BFSWDE33MNZ

Die Finanzen der IGFM werden jährlich von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer geprüft.

Den Prüfvermerk stellen wir auf Nachfrage gerne zur Verfügung.

